

Der Stein beginnt zu reden

Von Klaus Rainer Röhl

*„Und wieder sendet ihr mir viele Briefe
In denen ihr, dick unterstrichen, schreibt
Herr Kästner, wo bleibt das Positive?
Ja, weiß der Teufel, wo es bleibt.“*

Kästner, der die NS-Zeit als Drehbuchschreiber für die UFA überstand, hatte damals recht. Aber heute hat sich die Lage geändert. Wir, das heißt, die bisher nur schweigende, murrende, knurrende Mehrheit der Deutschen, haben heute eine ganz große Chance. Und auch schon, ohne dass die meisten von uns das wahrnahmen, lauter Erfolge. Wir, und nicht sie, die Ritter des Mainstreams, setzen plötzlich die Themen. Und darauf kommt es bekanntlich an, das weiß man spätestens seit 1968: Wer in der öffentlichen Diskussion die Themen besetzt, hat schon fast gewonnen, weil die anderen immer nur gezwungen sind zu reagieren. Und in den letzten Wochen hat die Mehrheit der Deutschen ganz entschieden den Mund aufgemacht.

Bei Befragungen, in Leserbriefen und vor allem im Internet. Eigentlich sollten wir stumm sein und aufgeben. Wenn wir nur unsere Tageszeitungen und Magazine lesen würden und die vorgestanzten, in die Nachrichten eingebetteten Kommentare auf dem Bildschirm sehen, die unablässig wiederholten Bekenntnisse von der ewigen

Schuld der Deutschen – nun auch für den Ersten Weltkrieg, wenn wir pausenlos das Wort „Klimakatastrophe“ ohne Anführungszeichen hören, als handele es sich um eine Tatsache. Die „Energiewende“, im Ausland weitgehend unbekannt, kommt ebenso frech wie selbstverständlich über die Lippen unserer Nachrichtensprecher wie „die Erneuerbaren“. Dann wundern wir uns auch nicht mehr über das seit Anfang des Jahres eingeführte neue Wort „Zuwanderer“ als Ersatz für die bis zum Überdruß strapazierten „Migranten“. „Deutschland braucht Zuwanderer“, heißt es landauf und landab. „Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte!“

Und da kommen, Gott sei Dank, soll man sagen, jetzt endlich die gut ausgebildeten und fleißigen Arbeiter aus Bulgarien und Rumänien. Seid ihr so doof, oder tut ihr nur so? Als handele es sich nicht um den wirklich einmaligen Vorgang, dass ca. 1 Million Zigeuner oder mehr in Bulgarien und Rumänien ihre Pappkartons packen und dahin fahren, wo es auch für nicht arbeitende „Zuwanderer“ Wohnung, Kindergeld und Krankenversorgung gibt. Wenn sie ein Gewerbe anmelden und länger als drei Monate arbeitslos sind, können sie auch die Grundsicherung beziehen. Wer könnte es ihnen verdenken, wenn sie dieses einmalige Angebot nicht ausschlagen, die sind doch nicht blöd.

Nur wir waren blöd. Wir, die bislang nur stumme und den Zorn immer wieder 'runterschluckende Mehrheit der

Deutschen, haben es viele Jahre hingenommen, dass es in vielen Städten überbordende Gewalt gibt, zum Beispiel in Hamburg, wo ganze Gebiete wie das Schanzenviertel entstanden sind, in die sich die Polizei gar nicht mehr reintraut, weil täglich Beamte angegriffen und teils schwer verletzt werden, oder in Berlin, wo jahrelang und nicht nur am 1. Mai Tausende von Autos mit Benzin übergossen und angezündet werden, wofür der von den Tätern selbst eingeführte verniedlichende Ausdruck „Abfackeln!“ sich in den Medien eingebürgert hat.

Wir, die Mehrheit der Deutschen, haben bisher stillgehalten und nur gejammert. Oder geflucht: „Alles Mist, aber man kann ja nichts machen.“ Mit einem Mal ist das anders. Liegt es am Wetter oder am Geburtstag Karls des Großen, oder ist das Fass einfach übergelaufen? Jedenfalls haben die Regierenden im Bund, in den Ländern und selbst in der EU-Bürokratie schneller als wir verstanden, dass es so nicht mehr geht. Dass sich überall Unmut rührt und sich auch nicht durch noch so aufwendige Späße wie „Deutschland sucht den Superstar“ und immer neue Koch-Shows ablenken lässt. Dann reagiert man. In Berlin wird die Polizeipräsenz verstärkt wegen „massiver Proteste der Bevölkerung“, in Hamburg wurden ganze Stadtbezirke zu Gefahrenzonen erklärt, wegen „großer Unruhe in der Öffentlichkeit“. Die meisten Deutschen, wollen keine Gewalt auf Berlins und Hamburgs Straßen mehr dulden. Wollen keine Umerziehung im Sinne der Gender-Ideologen an unseren Schulen. Keine Einwanderung in unser

Sozialsystem. Selbst die EU-Bürokraten, die sich für die Aufnahme der „Zuwanderer“ in das deutsche Sozialsystem eingesetzt hatten, rudern zurück. „So war es nicht gemeint“, sagte der EU-Sozialkommissar Laszlo Andor. Na also.

Ein großer Teil der wortreichen Rückzieher ist bereits eine Reaktion auf unseren Unmut. Die Herren des Mainstreams wissen mehr über die Volksstimmung, als sie öffentlich sagen. Allenfalls bedauern sie die „mangelnde Akzeptanz“ dieser und jener Maßnahme durch die Mehrheit. So steht es um die Sache der Deutschen nicht schlecht, trotz der sozialdemokratisch beherrschten GroKo. Wir haben immerhin eine Partei, die nur halbwegs, aber eben doch halbwegs für unsere Interessen eintritt, die CSU. Und die BILD-Zeitung. Deren grell-bunte Bilder die meisten von uns nicht mögen. Aber auf Seite 2 stehen Kommentare und Meldungen, die, in einer Auflage von rund 3 Millionen gekauft und vermutlich von 11 Millionen gelesen werden. Wie letzte Woche der Kommentar von Hugo Müller-Vogg über das Unwort des Jahres „Sozial-Tourismus“:

„Deutschland kann nicht das Sozialamt für halb Europa sein. Auch Solidarität hat Grenzen – und nicht nur finanzielle. Eines ist sicher: Davon, dass man Sozialtourismus nicht mehr Sozialtourismus nennt, verschwindet er nicht.“

Deutlicher geht es nicht. Dem Volk aufs Maul schauen,

was schon Luther tat, und alles offen aussprechen, hat bei der Springerpresse freilich eine Grenze: Israel. Da ist das Maul plötzlich zu. Ähnlich wie bei dem viel besuchten anti-islamistischen Blog im Internet namens „Politically Incorrect“ (PI) hat der Mut eine Grenze. Wenn es um Kritik an Israel geht.

Die guten Aussichten der Deutschen, Gehör und Beachtung zu finden, werden durch die kommenden Europa-Wahlen verstärkt. Vor allem durch die bloße Existenz der Partei „Alternative für Deutschland (AfD)“, die im Bundestagswahlkampf auf Anhieb 4,7% der abgegebenen Stimmen holte und sich als immun gegen Diffamierungen erwies. Vielleicht gibt es sogar eine Überraschung. Wie in Österreich, wo die ebenfalls EURO-kritische FPÖ, die fünf Monate vor den Europawahlen mit 25 % vor allen anderen Parteien liegt, anders als ihre Schwesterpartei FDP, die ratlos und ohne Alternative dahindümpelt. Die Europawahl könnte sich in eine Revolte der Wähler verwandeln. Davor haben die Hüter des Mainstreams eine Heidenangst.

Setzen wir ihnen weiter zu. Deshalb ans Werk! An die Leserbriefe, ans Telefon und ins Internet. Und keine Angst vor dem Computer. Lassen Sie sich den einfach zu bedienenden Kasten notfalls durch ihre Enkelkinder erklären. Die Botschaft sei so einfach und deutlich wie der ganzseitige Essay der WELT vom 17.1.14 „Wickelt den Euro ab!“ Die gemeinsame Währung war ein mutiges Experiment, das gescheitert ist. Es nun abzurechnen, wäre weniger verheerend als die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern“.

